

Worber Politik

50 Jahre Grosser Gemeinderat

«... In Sachgeschäften wird man nicht immer der gleichen Meinung sein. Demokratie heisst aber Diskussion. Ich erhoffe und wünsche eine gute Zusammenarbeit. Das Wohl der Gemeinde muss für uns alle im Vordergrund stehen. Die gegenseitige Rücksichtnahme in der politischen Arbeit wird die Sache erleichtern. Die Lösung der zahlreichen Probleme, wie sie sich unserer schnell wachsenden Gemeinde stellen, wird unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern...» Mit diesen Worten eröffnete Ulrich Zaugg am 5. Februar 1973 als erster Präsident im Kirchgemeindehaus Worb die erste Sitzung des Grossen Gemeinderates. Seitdem sind 50 Jahre vergangen. Die Interessengemeinschaft Worber Geschichte nimmt dies zum Anlass für einen Rückblick auf 50 Jahre Worber Parlamentsgeschichte.



Einführung des Grossen Gemeinderates

Genau zehn Jahre vor der ersten Parlamentsitzung regte Walter Aeschbacher an der Gemeindeversammlung vom 20. Juli 1963 an, die Schaffung eines grossen und eines kleinen Gemeinderates zu prüfen. Er erachtete die Gemeindeversammlung als nicht mehr geeignetes Mittel, um über Vorlagen zu entscheiden, die Kostenfolgen in Millionenhöhe verursachten. Der Gemeinderat lehnte das Eintreten auf dieses Anliegen ab, weil er den Zeitpunkt als noch nicht gekommen ansah. Seiner Meinung nach sollte die Frage erst bei einer Totalrevision des Organisations- und Verwaltungsreglements geprüft werden.

Stimmberechtigten in aller Ruhe, unbeeinflusst und unkontrolliert ihre Meinung abgeben könnten, während «der einzelne Stimmbürger an der Gemeindeversammlung unter dem Einfluss einer momentanen Orientierung und Diskussion seine Meinung kund tun muss...». Auch waren sie der Auffassung, die Mitglieder eines Grossen Gemeinderates könnten die einzelnen Geschäfte viel besser kontrollieren und überblicken als die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung. Schliesslich hatten sie Bedenken, ob nach der Gewährung des Frauenstimmrechtes die Platzverhältnisse noch genügen würden. Der Gemeinderat veranschlagte für die erforderlichen Reorganisationsarbeiten einen Zeitbedarf von drei bis dreieinhalb Jahren. Er unterbreitete daher den Gegenvorschlag, die Schaf-

fung eines Grossen Gemeinderates frühestens auf den 1. Januar 1973 vorzubereiten. An der Urnenabstimmung vom 1. Dezember 1968 lehnten die Stimmberechtigten die Initiative mit 1476 gegen 885 Stimmen ab. Dem gemeinderätlichen Gegenvorschlag stimmten sie mit 1159 gegen 1138 Stimmen zu. Weil das absolute Mehr von 1214 Stimmen aber verfehlt wurde, galt auch dieser Antrag als abgelehnt. Es lag aber auf der Hand, die Ja-Stimmen zu addieren, weil es nicht möglich gewesen war, sowohl der Initiative wie auch dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Diese Rechnung ergab 2044 Ja-Stimmen bei 2426 eingereichten Stimmzetteln.

Die ersten Wahlen

Die ersten Wahlen in den Grossen Gemeinderat fanden am 3. Dezember 1972 statt. Die November-Ausgabe der «Worber Post» war ausschliesslich diesem Thema gewidmet. An den Wahlen beteiligten sich die Bürgerpartei Worb (BP), die Christlichdemokratische Volkspartei Worb (CVP), die Freisinnig-Demokratische Partei Rüfenacht (FDP), die Freisinnig-Demokratische Partei Worb und Umgebung (FDP), die Freie Wählergruppe Neues Worb (NW) und die Sozialdemokratische Partei Worb (SP). Für die 40 Parlamentsitze kandidierten 183 Frauen und Männer. Die Stimmteilnahme lag bei 66,5 Prozent.

Als stärkste Kräfte gingen die SP und die BP mit je elf Sitzen hervor, gefolgt von den beiden FDP-Sektionen mit zusammen zehn Sitzen, der Wählergruppe NW mit sieben Sitzen und der CVP mit einem Sitz. Die von Hand durchgeführten Ermittlungsarbeiten gestalteten sich sehr aufwendig. Gemäss Wahlprotokoll arbeitete rund ein Drittel der Wahlausschussmitglieder am Wahlsonntag freiwillig bis gegen 23 Uhr. Die endgültigen Resultate lagen erst am Dienstag um 15 Uhr vor. Präsident und Sekretär des Wahlausschusses hielten im Wahlprotokoll denn auch fest: «Bei den Korrektur- und Kontrollarbeiten durch einen Computer wäre die Zeit- und Personalsparnis wesentlich. Für die Zukunft empfiehlt es sich ohne Zweifel, den Einsatz eines Computers ernsthaft in Erwägung zu ziehen.»

Die Kompetenzen

Die Kompetenzen des Grossen Gemeinderates legte das Organisationsreglement des Jahres 1972 fest. Es umschrieb die finanziellen Zuständigkeiten, übertrug dem Grossen Gemeinderat die Genehmigung von Reglementen und Plänen, die Zusage des Gemeindebürgerrechts, die Wahl der Kommissionsmitglieder

und Beamten sowie die Organisation der Schulen und Kindergärten. Nach zwölf Jahren wurde das Reglement überarbeitet. Die finanziellen Zuständigkeiten wurden aufgrund der Inflation erhöht, die Unterschriftenzahl für Referenden von 100 auf 200 Stimmen erhöht und die Amtszeitbeschränkung von zwei auf drei aufeinander folgende Amtsdauern erhöht. Die letzte Revision des Organisationsreglements erfolgte im Jahr 1999. Der Erlass wurde wesentlich verkürzt, indem alle Bestimmungen zu Abstimmungen und Wahlen in einen besonderen Reglement zusammengefasst wurden, ebenso wie jene zur Organisation des Grossen Gemeinderates und der ständigen Kommissionen. Die Amtszeitbeschränkung wurde aufgehoben. Auf die jährliche Budgetabstimmung wurde verzichtet, sofern keine Änderung der Steueranlage erfolgte oder kein Referendum ergriffen wurde. Die Finanzkompetenzen wurden wiederum erhöht. Die Zuständigkeit für Einbürgerungen übertrug man dem Gemeinderat.

Die Abschaffungsinitiative

Am 26. Januar 1993 reichte ein Komitee eine Initiative mit 893 Unterschriften zur schnellstmöglichen Wiedereinführung der Gemeindeversammlung und der gleichzeitigen Aufhebung des Grossen Gemeinderates ein. Die Initiative war die Folge der Finanzkrise Anfang der 1990er-Jahre. Dem Komitee gehörten unter anderen drei Mitglieder des Grossen Gemeinderates und ein ehemaliger Gemeinderat an. Es begründete seine Forderung wie folgt:

- Der Grosse Gemeinderat von Worb arbeitet immer weniger im Interesse der Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
- Der Grosse Gemeinderat verabschiedet nahezu einstimmig Vor-

lagen um Vorlage, die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verwirft sie aber an der Urne.

- Der Grosse Gemeinderat spürt den Puls der Basis nicht mehr, er vertritt nicht die Mehrheit des Volkes.
- Der Grosse Gemeinderat verliert sein Ansehen, für die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schwindet seine Glaubwürdigkeit.
- Im Grossen Gemeinderat wollen immer weniger gute Köpfe mitarbeiten, trotz intensiver, aufwendiger Wahlvorbereitungen wird es sicher bei den nächsten Wahlen nicht besser.
- GGR-Wahlliste: viel lächeln, viel versprechen; GGR-Diskussionen und Beschlüsse: fast nur noch Interessenpolitik.

Der Grosse Gemeinderat beantragte den Stimmberechtigten mit 36 zu 0 Stimmen, die Initiative abzulehnen und argumentierte:

- In den Jahren 1990 bis 1994 wurden 36 Vorlagen zur Urnenabstimmung unterbreitet. Dabei folgten die Stimmberechtigten in 29 Fällen der Empfehlung des GGR. Von den lediglich sieben abgelehnten Geschäften handelte es sich in fünf Fällen um Budgetvorlagen.
- Der GGR verabschiedete in den Jahren 1990 bis 1994 16 Geschäfte unter Vorbehalt des fakultativen Referendums. Nur ein einziges Mal wurde das Referendum tatsächlich auch ergriffen.
- Die Stimmteilnahme anlässlich der letzten drei GGR-Wahlen betrug 53,5 Prozent. Gemeindeversammlungen in grösseren Gemeinden werden durchschnittlich von 1,9 bis 3,3 Prozent der Stimmberechtigten besucht. Der GGR vertritt damit die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse besser.



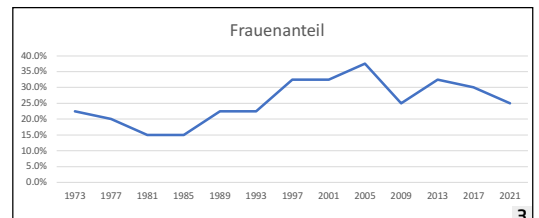
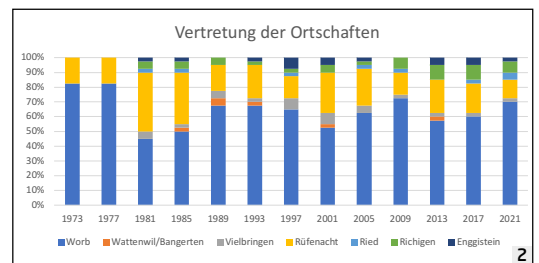
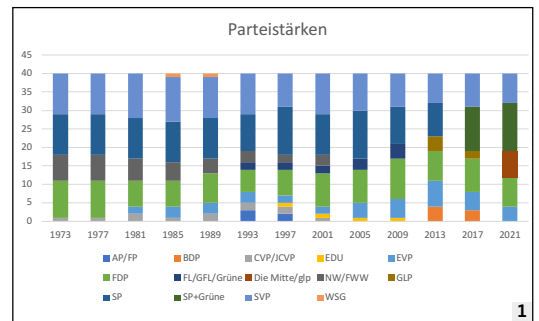
Der erste Präsident des Grossen Gemeinderates Ulrich Zaugg.

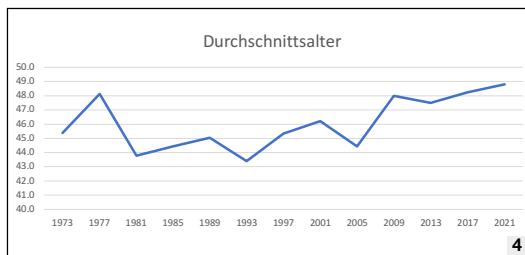
Bewegung in die Sache brachte die am 20. Juni 1968 von der Freisinnig-Demokratischen Partei lancierte «Initiative auf Einführung eines Gemeindeparlamentes». Gefordert wurden die Ablösung und Ersetzung der Gemeindeversammlung durch einen Grossen Gemeinderat auf spätestens 1. Januar 1971. Die Initianten waren der Meinung, «dass es in weiterer Zukunft nicht mehr verantwortet werden kann, dass jeweilen nur eine kleine Minderheit, die an der Gemeindeversammlung teilnimmt, weittragende Beschlüsse fasst, die die Gesamtheit der Stimmbürger und Steuerzahler angehen». Als Vorteil der Urnenabstimmung werteten sie, dass die

fung eines Grossen Gemeinderates frühestens auf den 1. Januar 1973 vorzubereiten. An der Urnenabstimmung vom 1. Dezember 1968 lehnten die Stimmberechtigten die Initiative mit 1476 gegen 885 Stimmen ab. Dem gemeinderätlichen Gegenvorschlag stimmten sie mit 1159 gegen 1138 Stimmen zu. Weil das absolute Mehr von 1214 Stimmen aber verfehlt wurde, galt auch dieser Antrag als abgelehnt. Es lag aber auf der Hand, die Ja-Stimmen zu addieren, weil es nicht möglich gewesen war, sowohl der Initiative wie auch dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Diese Rechnung ergab 2044 Ja-Stimmen bei 2426 eingereichten Stimmzetteln.



Von links nach rechts die Ratsmitglieder Annemarie Egli-Schmutz, Daniel Schmutz, Walter Moser und Hermann Kirchhofer an der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates.





- An Gemeindeversammlungen wird erfahrungsgemäss in starkem Mass Interessenpolitik betrieben. Interessengruppen können durch Mobilisierung ihrer Mitglieder an den schlecht besuchten Gemeindeversammlungen sehr leicht Beschlüsse nach ihrem Wunsch erwirken.
- Der GGR kontrolliert den Gemeinderat und die Verwaltung sehr effektiv. Eine Gemeindeversammlung ist dazu viel weniger in der Lage.

An der Gemeindeabstimmung vom 12. März 1995 folgten die Stimmberechtigten dem Antrag des Grossen Gemeinderates: Die Initiative wurde bei einer Stimmbeteiligung von rund 46 Prozent mit 2434 zu 1017 Stimmen verworfen.

Die Parteienstärken

Für die politischen Entscheide im Grossen Gemeinderat sind die Stärkerhältnisse der Parteien von grosser Bedeutung. Grafik Nr. 1 zeigt, wie sich diese in den letzten dreizehn Legislaturen entwickelt haben. Die Sozialdemokratische Partei hat rund 28 Prozent, die Schweizerische Volkspartei gut 25 Prozent und die Freisinnig Demokratische Partei 21 Prozent aller verfügbarer Sitze besetzt. Die übrigen 26 Prozent entfielen auf die übrigen Parteien.

Es zeigen sich auch markante Veränderungen in der Parteienlandschaft. Bei den ersten Wahlen traten fünf Listen an, 1997 waren es deren neun und 2021 nurmehr wieder fünf. Die ehemals starke Wählergruppe Neue Wähler/ Freie Wähler Worb büsste ihren Einfluss nach und nach ein und wurde 2004 aufgelöst. In den 1980er-Jahren gab es eine Wählergruppe mit dem Namen «Wer stimmt – gewinnt», in den 1990-er Jahren die Autopartei beziehungsweise Freiheitspartei. Seit 1993 vertritt eine Partei besonders Umwelthanliegen. Sie trat zuerst unter dem Namen Freie Liste, später als Grüne Freie Liste und zuletzt als

Grüne auf. In den letzten Jahren sind mit der BDP, der GLP und der Mitte neue Parteien dazugekommen.

Die Vertretung der Ortschaften

Die Gemeinde Worb umfasst die Ortschaften Enggiststein, Richigen, Ried, Rüfenacht, Vielbringen, Wattenwil/Bangerten und Worb. Keine dieser Ortschaften hat garantierte Sitze im Grossen Gemeinderat. Grafik Nr. 2 zeigt, wie die Ortschaften jeweils zu Beginn der dreizehn Legislaturen vertreten waren. Aus Worb stammten im Durchschnitt 64 Prozent aller Parlamentsmitglieder, dies bei einem Bevölkerungsanteil von 54 Prozent. Rüfenacht stellte 22 Prozent der Parlamentsmitglieder bei einem Bevölkerungsanteil von 31 Prozent. Es folgten Vielbringen mit fünf, Richigen mit knapp vier und Enggiststein mit 3,5 Prozent. Wattenwil/Bangerten und Ried stellten etwas mehr als ein Prozent.

Die Vertretung der Geschlechter

Während der vergangenen 50 Jahre stellten Frauen zu Beginn der Legislatur zwischen 15 und 37,5 Prozent der Ratsmitglieder, Grafik Nr. 3. Bemerkenswert ist, dass der Frauenanteil nach einem Höhepunkt im Jahr 2005 wieder abgenommen hat.

Die Vertretung der Generationen

Auf Grafik Nr. 4 ist zu sehen, wie stark sich das Durchschnittsalter in den dreizehn Legislaturen verändert hat. Von 1973 bis 1993 sank es tendenziell. Seither stieg es an. Zu Beginn der Legislatur 2021 bis 2024 war es mit 48,8 Jahren am höchsten. Die Personen im Alter zwischen 40 und 59 Jahren stellen in den letzten fünfzig Jahren 67 Prozent aller Parlamentsmitglieder. Am stärksten vertreten ist die Altersgruppe der 40 bis 49 Jahre alten Personen mit 38,8 Prozent, gefolgt von den 50 bis 59 Jahre alten Personen mit 28,3 Prozent. Die grösste Altersspannweite weist das aktuelle

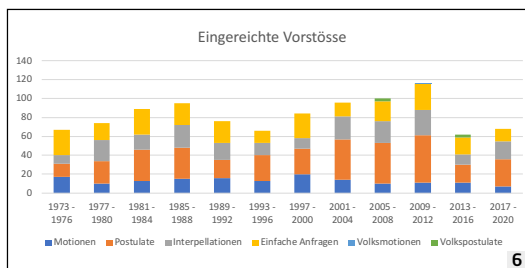
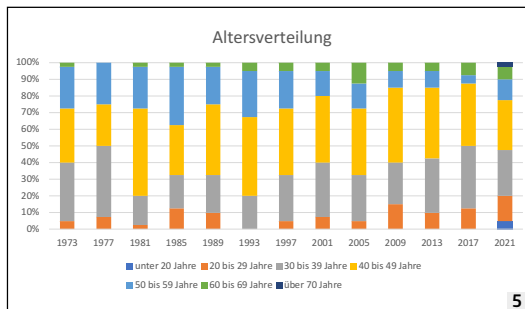
Parlament auf. Das jüngste Mitglied war am Beginn der Legislatur 19 Jahre alt, das älteste 74 Jahre, Grafik Nr. 5.

Die parlamentarischen Vorstösse

Die parlamentarischen Vorstösse erlauben es den Fraktionen und Ratsmitgliedern, eigene Themen auf kommunaler Ebene zur Sprache zu bringen. Wie häufig davon Gebrauch gemacht wurde, zeigt die Tabelle in Grafik Nr. 6. In den vergangenen 50 Jahren wurden 994 parlamentarische Vorstösse eingereicht, das sind knapp 20 pro Jahr. Am häufigsten wurden mit 36 Prozent das Postulat eingesetzt, mit dem der Gemeinderat beauftragt wird, einen Sachverhalt abzuklären. Die einfachen Anfragen und Interpellationen folgen mit 25 und 22 Prozent an zweiter, Richigen mit knapp vier und Enggiststein mit 3,5 Prozent. Wattenwil/Bangerten und Ried stellten etwas mehr als ein Prozent. In den vergangenen 50 Jahren wurden 994 parlamentarische Vorstösse eingereicht, das sind knapp 20 pro Jahr. Am häufigsten wurden mit 36 Prozent das Postulat eingesetzt, mit dem der Gemeinderat beauftragt wird, einen Sachverhalt abzuklären. Die einfachen Anfragen und Interpellationen folgen mit 25 und 22 Prozent an zweiter, Richigen mit knapp vier und Enggiststein mit 3,5 Prozent. Wattenwil/Bangerten und Ried stellten etwas mehr als ein Prozent. In den vergangenen 50 Jahren wurden 994 parlamentarische Vorstösse eingereicht, das sind knapp 20 pro Jahr. Am häufigsten wurden mit 36 Prozent das Postulat eingesetzt, mit dem der Gemeinderat beauftragt wird, einen Sachverhalt abzuklären. Die einfachen Anfragen und Interpellationen folgen mit 25 und 22 Prozent an zweiter, Richigen mit knapp vier und Enggiststein mit 3,5 Prozent. Wattenwil/Bangerten und Ried stellten etwas mehr als ein Prozent.

Ausblick

Im 50. Jahr des Bestehens des Grossen Gemeinderates wird erneut eine Überarbeitung der Gemeindeordnung vorbereitet. Der Grundsatz, dass es ein Parlament gibt, ist dabei unbestritten. So darf man gespannt sein, wie sich die politische Institution des Grossen Gemeinderates in der kommunalen Politik weiterentwickeln wird. CHRISTIAN REUSSER



Höchste Worberin 2023: Catarina Jost-Pfister

«Nachhaltige Lösungen findet man nur durch Zusammenarbeit»

Für die gebürtige Worberin Catarina Jost-Pfister steht nicht Ideologie, sondern Sachpolitik im Vordergrund. Da für sie ökologisches Handeln und Wirtschaft gleichermaßen von Bedeutung sind, politisiert sie seit 2012 für die GLP. Die 62-jährige Unternehmerin präsidiert den Grossen Gemeinderat in seinem 50. Bestehungsjahr und ist somit «höchste Worberin».



Die Unternehmerin Catarina Jost-Pfister, GLP, ist 2023 höchste Worberin. Bild: AW

Auf die Frage, wie es ist für ein Jahr «höchste Worberin» zu sein, meint Catarina Jost-Pfister lachend: «Es tut nicht weh.» Sie ist Pragmatikerin, sei es in der Politik oder im Berufsleben. Sie mag es sachlich und mit Fakten hinterlegt. «Ich kläre Sachverhalte erst ab, damit ich die Geschäfte geradlinig vorantreiben kann.» Das fällt auch in ihren Voten an den Sitzungen des Grossen Gemeinderates auf, ruhig und sachlich bringt sie die Dinge auf den Punkt. Für ihr Amtsjahr als Parlamentspräsidentin hat sich Catarina Jost-Pfister vorgenommen, neben der Repräsentation nach aussen für einen reibungslosen Ablauf der Sitzungen zu sorgen. Ein besonderes Anliegen ist es ihr aber, den Austausch zwischen den Parteien und Fraktionen zu fördern. «Nur durch Zusammenarbeit kommt man zum bestmöglichen Resultat», ist sie überzeugt. Da kommt es gelegen, dass sie den Austausch mit Menschen, die eine andere Meinung vertreten, schätzt.

«Stillstand mag ich nicht» Geboren und aufgewachsen ist die Mutter zweier erwachsener Kinder in Worb, mit einem Unterbruch von drei Jahren hat sie auch immer in Worb gelebt. Nach der Schule liess sich Catarina Jost-Pfister zur Lehrerin ausbilden und unterrichtete in der Unterstufe. Es folgte der Aufstieg in die Schulleitung und sie beteiligte sich an Projekten zur Entwicklung nachhaltiger Lehrmittel. 2011 stieg sie im Familienbetrieb ein und übernahm die Geschäftsleitung der Pfisterladenbau AG in Worb. Auf den ersten Blick mag der Wechsel von der Schule in einen handwerklichen Betrieb gross sein, doch Catarina Jost-Pfister umschreibt es gelassen: «Die Materie ist anders als in der Schule, aber die Grundstrukturen ähneln sich; als Lehrerin habe ich viel über zwischenmenschliche Interaktion gelernt.» Diese Erfahrungen bringen ihr einen Nutzen in der Zusammenarbeit mit Geschäftskunden, den Mitarbeitenden und in der Politik. Ihre politische Karriere begann

nach der Geschäftsübernahme, kurz nachdem die GLP-Worb gegründet wurde. Im Januar 2013 ist sie ins Worber Parlament eingetreten und wurde zeitgleich Fraktionschefin. 2014 hat sie das Parteipräsidium übernommen. Über sich selbst sagt Catarina Jost-Pfister, dass sie sehr offen für Neues ist, sie mag keinen Stillstand, «Man kann seine Ziele nur erreichen, wenn man neugierig ist und genug Mut hat auch mal etwas anders zu machen», sagt sie. Sie gehört nicht zu jenen, die von Anfang an sagen, dass etwas nicht gehe.

Wirtschaft und Ökologie

Catarina Jost-Pfister hat sich aus verschiedenen Gründen für die GLP entschieden. Zum einen ist es naheliegend, dass sie als Unternehmerin in einer Partei ist, die die Wirtschaft vertritt. Zudem sagt ihr das fortschrittliche Zukunftsbild der Grünliberalen zu. Auch Nachhaltigkeit ist ihr ein sehr grosses Anliegen, aber um die ökologischen Ziele zu erreichen braucht es die Wirtschaft, «irgendwoher muss das Geld kommen», sagt sie. Gute Sachpolitik ruht für sie auf den drei Pfeilern Wirtschaft, Ökologie und den sozialen Strukturen. «Um nachhaltige Lösungen zu finden, die für alle tragbar sind, muss man das gesamte Bild unter diesen drei Gesichtspunkten anschauen. Sobald es nur noch um Ideologie geht, wird es einseitig.»

Ein Herz für Worb

Dass sich Catarina Jost-Pfister in der Gemeindepolitik engagiert, kommt nicht von ungefähr. «Ich wohne und arbeite hier und kann die Infrastruktur der Gemeinde nutzen. Da kann ich mich auch einbringen und etwas zurückgeben. Mir liegt Worb am Herzen», führt sie aus und ergänzt: «Es ist

schon eindrücklich, wie sich das Dorf entwickelt hat.» Für Worb wünscht sie sich, dass diese Entwicklung weitergeht, es den Dorfcharakter aber beibehält. Ihr ist auch wichtig, dass die Bevölkerungsstruktur vielfältig bleibt und sich alle Altersklassen wohl fühlen. Schliesslich hat die Gemeinde mit ihren acht Ortsteilen viel zu bieten. Ein weiteres Anliegen ist es ihr, dass die Worberinnen und Worber weiterhin Anteil am öffentlichen Leben und der Politik nehmen und so

dazu beitragen die Lebendigkeit des Ortes zu erhalten. Was auf das Amtsjahr als Parlamentspräsidentin folgt, steht noch offen. Sie werde sicher noch eine Weile der Gemeindepolitik treu bleiben. «Ich bin jemand, der sich nicht lange im Voraus festlegt», sagt Catarina Jost-Pfister. Lieber behält sie die Dinge im Blick, prüft die Fakten und trifft ihre Entscheidung zum gegebenen Zeitpunkt. AW

Die Präsidien

Das Worber Gemeindeparlament gibt es seit 1973. Das Präsidium des 40 Mitglieder zählenden Grossen Gemeinderates wird im Jahresturnus ausgebaut.

- 1973 Ulrich Zaugg SVP
- 1974 Rolf Bühlmann FDP
- 1975 Hermann Kirchhofer SP
- 1976 Elisabeth Steiger-Roth SVP
- 1977 Hannes Walz FDP
- 1978 Fred Feitknecht SP
- 1979 Gottfried Hofmann SVP
- 1980 Hansruedi Stoll FDP
- 1981 Peter Fankhauser FWW
- 1982 Gottfried Gfeller SP
- 1983 Fritz Gasser SVP
- 1984 Klaus Moser FDP
- 1985 Richard Braun FWW
- 1986 René Bauer SP
- 1987 Willy Kilchenmann SVP
- 1988 Fritz Jenzer EVP
- 1989 Jürg Wettstein FDP
- 1990 Rudolf Stooss FWW
- 1991 Matthias Weber SP
- 1992 Peter Hubacher SVP
- 1993 Roland Möscher FDP
- 1994 Kurt Baum FWW
- 1995 François Breitenmoser CVP

- 1996 Werner Lüthi SP
- 1997 Therese Bernhard SVP
- 1998 Niklaus Mayer FDP
- 1999 Toni Maurer EVP
- 2000 Jonathan Gimmel FWW
- 2001 Jürg Kaufmann SP
- 2002 Andreas Wälti SVP
- 2003 Franziska Fritschy FDP
- 2004 Hans Ulrich Joss SP
- 2005 Hans Ulrich Born SVP
- 2006 Hanspeter Stoll FDP
- 2007 Ruth Bichsel SP
- 2008 Bruno Wermuth SVP
- 2009 Harry Suter EVP
- 2010 Maja Widmer FDP
- 2011 Christoph Moser SP
- 2012 Heinz Stauffer SVP
- 2013 Christa Kühn-Blank SP/parteilos
- 2014 Gregor Messerli FDP
- 2015 Brigit Raymann-Ochsnein SP
- 2016 Martin Wälti SVP
- 2017 Beatrix Zwahlen EVP
- 2018 Christof Läderach BDP
- 2018/19 Sven Christensen FDP
- 2020 Sandra Büchel SP
- 2021 Bruno Fivian SVP
- 2022 Michael Suter FDP
- 2023 Catarina Jost-Pfister GLP